



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

370 (11.8.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-335232](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-335232)

# General-Anzeiger



Abonnement:

10 Pfennig monatlich.  
Eingetragen 26 Bg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
zuschlag Nr. 2.48 pro Quartal.  
Einzel-Kummer 6 Bg.

(Badische Volkszeitung.)

## Badische Neueste Nachrichten

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 341

Redaktion . . . . . 377

Expedition und Verlags-

buchhandlung . . . . . 218

Inserate:

Die Colonie-Felle . . . 20 Bg.  
Kundenspezifische Inserate : : 20  
Die Helms-Felle . . . 1 Mark

Geldlose und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 370.

Dienstag, 11. August 1908.

(Abendblatt.)

### St. Petersburger Wochenbild.

(Von unserem Petersburger Korrespondenten.)

St. Petersburg, 8. Aug. (26. Juli.)

Der Hochsommer stillt unerbittlich die Augen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Der Politiker von Beruf, ob er nun im Reichsrat unter den Trägern hochtönender Reden und bester Uniformen seinen Sitz hat, oder im Laurischen Palais als Mitglied der Reichsduma, er weilt seit Monatsfrist schon bei den heimischen Verwandten in ländlicher Stille oder in einem europäischen Kurort, wo ihm weder der Streit der Parteien, noch sonstige Staatsgeschäfte die Laune verderben. Die Minister und höheren Staatsbeamten haben ebenfalls für längere oder kürzere Wochen die Bürde ihres verantwortungsvollen Amtes auf jüngere Schultern übertragen und genießen der wohlverdienten Ferienruhe. Der Ministerpräsident P. A. Stolypin kehrt allerdings schon morgen, am 9. August (27. Juli), von seiner Ferienreise zurück, die den günstigsten Einfluss auf seine Gesundheit gehabt haben soll; heute nimmt er noch vorübergehenden Aufenthalt in den finnischen Schwämmen. Eine Fülle von Arbeit harret bereits seiner: die Berechtigung neuer Gesetzesvorlagen für die kommende parlamentarische Session, die sich nun mit den großen Reformen zu befassen haben wird; von diesen sind in den Vordergrund gerückt: der Ausbau des neuen Systems der Bauernwirtschaft und die Reform der lokalen Gerichtsverfassung.

Die Residenzpresse ergeht sich in theoretischen Betrachtungen über Pflichten und Rechte der Volksvertretung; in Kritiken und Forderungen dessen, was die Reichsduma an produktiver Arbeit geleistet hat und in nächster Zukunft leisten soll und zieht Vergleiche zwischen der verbrauchten Freiheitsbewegung in Russland und den Vorgängen in der Türkei, an die natürlich mögliche und unmögliche Voraussetzungen und Tropenbezeichnungen geknüpft werden. Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, die unbegründeten Unterstellungen, welche die russische Presse besonders der Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns im Orient anheften möchte, gebührend zurückzuweisen; wir wollen unsere Leser nicht durch Wiederholung der Phantasiegebilde dieser überklugen Publizisten gewissen Schloßes langweilen. Soeben hat eine typische Vertreterin der russischen Presse, die „Kobojka Wremja“, von der hiesigen türkischen Post eine mit dem amtlichen Siegel versehene Zuschrift erhalten: daß die von dem Blatt gebrauchte und als drohendes, Gegenmaßregel erheischendes Symptom dargestellte Nachricht, die türkische Regierung beabsichtige, die ausländischen Offiziere und Beamten aus dem russischen Balalets zu entfernen, vollständig aus der Luft gegriffen ist. Nichtsdestoweniger spricht das genannte Blatt einen Zweifel an der amtlichen Verteidigung aus und erlaubt sich in erheblichem Selbstbewußtsein eine nicht weniger als höfliche Form des Abdrucks: die Mitteilung der Postkarte wird in kleinsten Lettern an das unterste Ende einer Spalte verlegt, der eigene Kommentar ist deutlich lesbar an hervorragender Stelle.

Die Stellung der russischen Regierung zu der Umänderung in der Türkei wird durch die heute veröffentlichte Rundgebung der ersteren in Bezug auf die mazedonischen Reformen, genügend klar bezeichnet und dadurch weiterer Stimmungs-

macherei in der orientalischen Frage wohl der Boden entzogen. Das russische Außenministerium brachte das an die ausländischen Vertreter des Reiches übermittelte und von dem Londoner Kabinett in allen Punkten gebilligte Reformprogramm für Mazedonien gerade am heutigen Tage zur amtlichen Veröffentlichung. Aus der Rundgebung geht hervor, daß das russische Kabinett ebenso wie die andern beteiligten Großmächte angesichts der gegenwärtigen Sachlage nur eine abwartende Haltung einnehmen können, um die Entwicklung der Verhältnisse im Reich des Halbmondes in ruhiger Zurückhaltung zu beobachten; von einer Einmischung in die Angelegenheiten des ottomanischen Reiches jedoch einstweilen Abstand zu nehmen. Erst wenn es sich erweisen sollte, daß die von der Türkei selbstständig vorgenommenen Reformen nicht zur tatsächlichen Wohlfahrt Mazedoniens führen, werde Russland die andern Mächte auf die Notwendigkeit hinweisen, die gegenwärtig unterbrochene gemeinsame Reformarbeit zum besten Mazedoniens wieder aufzunehmen.

Der gewöhnliche Zeitungslieferant, den Amt oder Geschäft in der Stadt festhalten, oder täglich aus der Sommerfrische früh morgens in die Dunstatmosfera der Residenz zurückzuführen, entfaltet bereits seit Wochen sein Verblüffung mit einigen Mitteilungen: immer die alte Leier: Telegramme aus Konstantinopel und Teheran; Berichte über den finnischen Landtag, dessen Eröffnung am 5. August (23. Juli) zu langen und breiten Erwägungen und Voraussetzungen Anlaß gab; der kleiner Missionkongreß, dessen neueste Beschlüsse gegen die Andersgläubigen an die Zeiten der Inquisition erinnern: Verbot des Besuchs der Kirchen anderer Konfessionen; Kirchenbau der Wankelmütigen; Missionspredigten wandernder Mönche etc.

Unfreiwilligen Humor brachte wenigstens die Schilderung des Disputes zwischen Orthodoxen und altgläubigen Priestern; mit Vorliebe führten sie die Bibelstellen gegeneinander ins Feld, wo des Tierreichs Erwähnung geschieht, um den Gegner mit ähnlichen Bezeichnungen als Wilsams Esel — die Säue, in welche der Teufel fuhr, u. a. m. zu belegen. Bitterer Ernst aber wird es, wenn die orthodoxe Kirche mit allem Nachdruck dafür eintritt, die Ehen zwischen ihren Mitgliedern und Andersgläubigen völlig zu verbieten. Ob sich die kurzfristigen Glaubenseiferer nicht selbst sagen könnten, daß das Leben sich nicht gewaltfam in enge Bahnen einseitiger Dogmen zwingen läßt? Wenn sich das freudige Band für zwei Liebende, von denen der eine zufällig der orthodoxen Kirche angehört, nicht erweichen läßt, wird eben anstelle des kirchlichen und gelegentlichen Hindernisses, die Hivilehe treten; ob sie nun vom Staate anerkannt ist oder nicht. Der kleiner Missionkongreß endet heute. Der Bericht seiner Tätigkeit wird dem Ministerrat vorgelegt werden. Im Herbst soll die Kommission zur Vorbereitung des Kirchenkongresses unter dem Vorsitzenden P. P. Jewolnow ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Der mehrfach verhöbener Einberufung des Konzils wird zu Ostern 1909 entgegengesehen.

Die Gerichtschronik weist immer von eigenartigen Ereignissen zu berichten. So ist dieser Tage der verabschiedete Kontreadmiral Schtschenko mit dem Friedensrichter zu zweimonatlicher Haftstrafe verurteilt worden, weil er einen Straßenbahnführer mit Faustschlägen vor einiger Zeit traf-

tiert hatte, als dieser die Ansichten des Admirals über die Fahrordnung nicht teilen wollte. Das gleiche Schicksal widerfuhr General Gurko, der seinem Gefährt mit der Beifahrerin der Hand eine verbotene Durchfahrt erzwang.

Am 7. August (25. Juli) ist die Wohnung eines Gasthausbesizers ausgeplündert worden, wobei dem Räuber seine Ehehälfte getrennt zur Seite stand und dabei auch ihre Mutterpflichten nicht vernachlässigte. In der besagten Wohnung befand sich um die Dämmerstunde nur der zehnjährige Sohn des Gastgebers. Der Knabe wurde von dem eingedrungenen Räuberpaar leicht überwältigt, geknebelt und sodann in einen Schrank gesperrt; während nun der Mann aus den Schließern alles herausholte, was sich nur an Geld und Geldeswert mitnehmen ließ, hielt die Frau Wache und hütete dabei ihr zum Raubzuge mitgebrachtes zweijähriges Kind. Im geeigneten Moment, wo niemand auf der Treppe war, verließ dann die Räuberfamilie den Schauplatz ihrer Tätigkeit.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 11. August 1908.

#### Zur „Reichsfinanzreform“.

In der letzten Zeit gingen allerlei Meldungen durch die Presse, die sich mit dem Wesen der Reichsfinanzreform beschäftigten und größtenteils mit großer Sicherheit von der Einführung neuer Steuern zu erzählen wußten. Wie die „Zf.“ von zuverlässiger Seite erfährt, beruhen diese Mitteilungen schon darum nur auf Mutmaßungen und Schätzungen von Möglichkeiten, weil im Reichsfinanzamt selbst definitive Pläne noch nicht vorhanden sind. Augenscheinlich liegen nur die Grundlagen eines Entwurfes zur Reichsfinanzreform vor. Da Staatssekretär Sadow, Unterstaatssekretär Zwele und Direktor Kühn erst in ca. 3 Wochen von ihrem Sommerurlaub nach Berlin zurückkehren werden, so kann der endgültige Entwurf, der die Reform regelt, erst im Laufe des Monats September fertiggestellt werden. Es wäre also damit zu rechnen, daß der Gelegenheitsanfang Oktober dem Bundesrat zugeht, von dessen Durchberatung die Bestätigung der Vorlage abhängig ist. Im großen und ganzen dürfte sie den Wünschen der Bundesregierungen entsprechen, da naturgemäß eine Verständigung mit den einzelnen Bundesstaaten schon vorher erfolgt ist. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober dürfte sie vom Bundesrat durchberaten sein. Sie wird also, wie wir schon meldeten, dem Reichstage bei dessen Zusammentritt rechtzeitig vorgelegt werden können.

#### Kadefahrtruppen im Kaisermauöver.

Auch beim diesjährigen Kaisermauöver wird man besonderen Wert auf die Verwendung von Kadefahrerkompagnien legen, bezw. die Kompagnien werden etwa 120 Mann stark und außer im Melde- und Nachrichtenendienst besonders auch im Gefecht, wo ein schnelles Eingreifen notwendig erscheint, tätig sein. Voraussichtlich werden diese Abteilungen den kommandierenden Generalen der beiden Ränderparteien direkt unterstellt werden. Der Bedarf an Kadefahrern für kriegstarke Truppenteile ist jetzt dahin geregelt worden, daß jedes Infanterieregiment 10 (Regimentsstab 1, jeder Patrouillen-

### Zum 60. Todestag des Erfinders der Eisenbahnen.

Am 12. August 1848 schloß ein begabtes Genie seine Augen zum letzten Schummer: Georg Stephenson, der Begründer des Eisenbahnwesens. Nur 60 Jahre sind seiner verfloßen und welche gewaltigen Fortschritte auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, vorwiegend in dem Bau der riesigen Lokomotiven! Wenn der junge Stephenson an seinem 60. Todestag einen kleinen Besuch in unsere irdischen Gassen gestattet bekäme und dabei einem der riesigen Getöse von Lokomotiven begegnete, würde er in dem Maschinenkonzert seine einstige Erfindungsarbeit nicht leicht erkennen und vor dem lauchenden Teufelsgespinnst schleichend wieder Ruhe im Jenseits finden. Noch vor wenigen Jahren staunte man die 60 Kilometer-Maschinen als Wunderwerke an, und schon hat die badische Staatsbahn bei der bekannten Münchener Waffenschmiedei Maschinen nach amerikanischem System bezogen, welche die Schnelligkeit auf der Strecke Mannheim-Basel und auf der weitaus schwierigeren Strecke der Schwarzwaldbahn Mannheim-Triberg-Konstanz bei einer je nach Streckenbau und Streckensicherheit genehmigten Geschwindigkeit bis zu 110 Kilometer ohne Maschinenwechsel und ohne Wasserlassen zu fahren haben. In nicht ganz 6 Stunden wird der Reisende auf den mit allem Komfort ausgestatteten, die Schönheit der Landschaft besonders begünstigenden Ausflugszügen von den lieblichen Gestaden des Bodensees hinunter nach der Handelsmetropole Südbadenslands geführt. Drei Jahre lang konnte eine Familie ihre Wohnung zur Winterzeit mit den 120 Zentnern Steinkohlen heizen, welche die zweimotorige Schnellzuglokomotive auf einer einfachen Fahrt von Mannheim nach Konstanz verzieht. Dem leichten Druck des Armes eines umsichtigen Lokomotivführers gehorcht das komplizierte Mechanismus des Maschinenwesens, gewagt, auch in schwierigen Situationen mit einem plötzlichen Halt das ihm anvertraute Leben so vieler Passagiere vor erblosen Verdröben und plötzlichen Tod zu bewahren.

Und Stephenson? Als Geiger in dem Maschinenhaus einer Kohlengrube lernte er den Mechanismus der kurz vorher von James Watt gebauten Dampfmaschine kennen und grübelte nun darüber nach, anstatt der vor die Kohlenmassen gepumpten Pflanze einen Dampfzylinder zur Arbeitsleistung zwischen der Kohlengrube und dem Verschiffungsplatz zu benutzen. Wohl waren schon von verschiedenen Seiten solche Versuche unternommen, Dampfzylinder gebaut und in Betrieb genommen worden; aber die Kostspieligkeit und die geringe Arbeitsleistung — der Transport mit Pferden gestaltete sich wesentlich billiger — zwangen die Unternehmer zur Aufgabe des Dampfbetriebes. Doch der kluge, englische Krämergeist erkannte in den mißglückten Versuchen nur einen Ansporn zur Konstruktion neuer Modelle und fand in Georg Stephenson das richtige Genie zur Verwirklichung der längst geäußerten Hoffnungen; als Direktor eines Kohlenbergwerkes, zu welchem Posten er sich durch seine erfolgreichen Unternehmungen aufgeschwungen hatte, baute er 1812 für das Kohlenbergwerk Killingworth die erste Lokomotive, freilich nicht zur Personenbeförderung, sondern zum Transport des schwarzen Brennmaterials. Waren auch die Erfolge nicht die gewünschten, so führte diese erste Etappe auf dem Bau der Dampfzylinder zur Gründung einer Maschinenfabrik in Newcastle 1824, aus deren Werkstätten die drei für die im nächsten Jahre zwischen Stockton und Darlington eröffnete Personenbahn nötigen Lokomotiven hervorgingen.

Nun wollte auch die Kaufmannschaft von Manchester und Liverpool eine rasche Personenbeförderung haben und beauftragte Stephenson mit der Erstellung dieser Strecke; der Erbauer selbst aber stellte den Antrag, zur Gewinnung der besten nun in verschiedenen Werkstätten und Ländern konstruierten Lokomotiven einen öffentlichen Wettbewerb auszuschreiben und die bei dem Probefahrten hervorgerahene beste Maschine anzukaufen. Er selbst beteiligte sich ebenfalls an diesem Wettbewerb und gewann mit seiner „Kofete“ den ersten Preis. Auf dem Festland erhielt Brüssel und Mecheln die erste Eisenbahnverbindung und ihr folgte

in Deutschland 1835 Nürnberg und Fürth als erste Eisenbahn mit der von Stephenson in England gebauten Lokomotive „Adler“ mit einem Eigengewicht von 6 Tonnen; sie kostete 14 000 Gulden, also ein Geld, für welches heute die auf den Nebenbahnen gebrauchlichen und im Volksmund mit „Kassensüßeln“ bezeichneten Lokomotiven nicht erhältlich sind. Brinkeln wie der Dampfzylinder waren auch die Personenwagen, wenn man die anfänglich offenen Wagen so nennen darf, auf denen unsere Vorfahren im Wiederweirerod sich sehr wohl fühlten. Die Preise in dem Wiederweirerodrestaurant der Jubiläumsausstellung hielten ein lehrreiches Stück Geschichte der Verkehrseinrichtungen, und der alte Postkutschschalen mit der ersten Eisenbahn dürften noch in jedermanns Erinnerung sein. Ein Vergleich dieser offenen Sitzwagen mit den oft vielgeschmähten Koppelkästen mancher Schmalspurbahnen der Jetztzeit fällt wohl zugunsten der letzteren aus, die den alten Erfindungsgegenstand gegenüber die reinsten Luxusgüter sind. Welcher Fortschritt in der kurzen Spanne von 60 Jahren seit dem Tod des Erfinders der Eisenbahnen! Welche Sicherheit im Betrieb, im Oberbau der Bahnhöfe, welche Bequemlichkeit in den Personenwagen jeder Klasse! Majestätisch würdevoll bracht die auf hohen Eisenfüßen thronende Schnellzuglokomotive heran, die auch die größte Entfernung zu einem Maximum an Zeit auszumenschenkrumpfen läßt und von welcher aus die Hand des Fahrers den misshandelnden Train regiert. Luftdruckbremsen aller Art, vor allem die bei uns eingeführte Westinghouse- und Carpenterbremse, sichern das Leben der Reisenden und Fahrer und gewährleisten die größtmögliche Betriebssicherheit.

Interessant ist auch zu erfahren, wie die Engländer zu ihren eiserneisen Gleisanlagen gekommen sind. Ursprünglich dienten den Wagen hölzerne Rollen als leitende Spuren, die nach und nach wegen starker Abnutzung immerwährende Verbesserungen erforderten; nach aber dachte man nicht daran, Eisen dazu zu verwenden, da man wegen der geringen Reibung eine schwierige Arbeit vermurtete. Beim Eintritt überaus niedriger Eisenpreise hielten

hab 2. jede Kompagnie 1 Radfahrer) jedes Kavallerieregiment 5-6 Radfahrer erhält. Auch die übrigen Waffengattungen werden mit Radfahrern bedacht, die bei den Truppen verbleiben und nicht zu besonderen Abteilungen formiert werden. Die 4 Infanterieregimenter einer Division verfügen im ganzen über 76 Radfahrer; ein Armeekorps zu zwei Divisionen demnach über 152 Radfahrer. Wenn den Truppen 32 Leute für den inneren Dienst überlassen werden, ergibt sich bei Bildung einer Radfahrerkompagnie die obgenannte Zahl. Dazu erhält im Kaisermandat zum ersten Mal jedes Bataillon eine Fernsprechanstalt. Ihre Stärke ist: 1 Offizier als Führer und 16 im Fernsprechnetz ausgebildete Mannschaften. Die Fernsprechanstalten sind bereits in Händen der beteiligten preussischen und bayerischen Bataillone.

### Deutsches Reich.

Der Bund vaterländischer Arbeitervereine hält am 5. und 6. September zu Waldenburg in Schlesien seine zweite Hauptversammlung ab. Die Erfahrungen des ersten Vereinsjahres sollen ausgetauscht, kräftige Maßnahmen zur Ausbreitung des Bundes und zur Befestigung seiner Einrichtungen getroffen werden. Die Tagesordnung ist außerordentlich reichhaltig. Eingeleitet wird die Zusammenkunft durch einen Begrüßungsabend am Freitag, den 4. September. Am Sonntag, den 6. September, nehmen die Vereinsvertreter an dem Verbandstest der reichstreuen Knappenvereine teil. Freunde der Sache sind als Gäste herzlich willkommen, insofern sie den Wunsch zur Teilnahme bis Sonntag, den 23. August, bei der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin S.W. 11, Schönebergerstraße 18, anmelden.

### Bayerische und Pfälzische Politik.

#### Gegen die Elektrizitäts- und Gassteuer.

München, 9. Aug. Die bayerische Reichsratskammer hat gestern den von der zweiten Kammer angenommenen sozialdemokratischen Antrag Müller-München einstimmig genehmigt, der die bayerische Staatsregierung beauftragt, im Bundesrat gegen eine Abgabe auf Elektrizität und Gas Stellung zu nehmen. Dieser Beschluß hat bekanntlich bereits einen Vorläufer in der ersten bayerischen Kammer. Die übrigen hier verhandelt, soll gegen eine solche Abgabe auch in anderen Bundesstaaten, speziell norddeutschen, Stimmung bestehen. — Die erste Kammer hat gestern ferner die erste Rate von 7 Millionen für die Vorarbeiten zur Elektrifizierung der Staatsbahnen angenommen.

#### Die neue Gehaltsordnung in Bayern.

München, 9. Aug. Die bayerische Reichsratskammer hat gestern die neue Gehaltsordnung für die Staatsbeamten und Bediensteten mit einigen Änderungen der Beschlüsse der Abgeordnetenkammer angenommen und auch dem Beamtengesetz ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme des Artikels 187, der die Einkommen der Hochschuldozenten regelt. Nach den Beschlüssen der unteren Kammer sollte der einen gewissen Höchstbetrag des Kollegiengehältes (vorgesehen waren von der Regierung vorläufig 6000 M.) übersteigende Mehrertrag der Kollegiengehälter dem betreffenden Dozenten nur zur Hälfte überlassen werden, während die andere Hälfte einem Fonds zugewiesen werden sollte, der verschiedenen Zwecken der Hochschule dienen sollte. Im Austausch der Reichsratskammer wurde dieser Beschluß nach Anträgen der Reichsräte, Universitätsprofessoren Dr. Feiler, v. Hertling und Dr. Schanz, verworfen und die Beibehaltung des bisherigen Kollegiengehältes beschlossen. Im Plenum wurde gestern vom Reichsrat dieser Beschluß ebenfalls angenommen unter Ablehnung eines Kompromißantrags des Reichsrats Grafen v. Trautson, der mit einigen Modifikationen die Regelung der Sache dem Berordnungswege überlassen, eine gesetzliche Festlegung somit unangehen wollte. Nach Äußerungen der Zentrumspresse soll die Annahme des Gesetzes durch diesen Reichsratsbeschluß gefährdet sein; doch erscheint nach allem, was verhandelt, diese Gefahr ausgeschlossen, da die Mehrheitspartei das Obium kaum auf sich nehmen würde, die ganze Vorlage an dieser verhältnismäßig geringfügigen Sache, die übrigens das bayerische Staatsbudget in keiner Weise zu beeinflussen vermöchte, scheitern zu lassen. Zudem besteht Veranlassung zu der Annahme, daß auch in Preußen, wo vor längerer Zeit der nach den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer genollte Modus ein-

geführt ist (nur ist dort der Maximalbetrag, der von der Teilung ausgeschlossen sein soll, auf 300 M. festgesetzt), von der Teilungsmethode wieder abgegangen wird, so daß der Hinweis auf den preussischen Vorgang in absehbarer Zeit unhaltbar werden dürfte. Fraglich bleibt an dem Beschluß der Reichsratskammer immerhin, ob es nicht der richtigere Weg gewesen wäre, um allen Faktoren wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen, den Kompromißantrag Trautson anzunehmen, der nur auf den jederzeit rückgängigen Verordnungsweg verwies.

### Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

1. Kammer. — 31. Sitzung.

Karlsruhe, 11. Aug.

Vizepräsident Dr. Büchlin eröffnet 9 Uhr vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Ministerialpräsident Freiherr von Marschall und Regierungskommissäre.

#### Eisenbahnpetitionen.

Privatier Kirsner berichtet zunächst über die Petition des Gemeinderats der Stadt Donaueschingen und anderer Gemeinden, sowie des Gewerbevereins Donaueschingen und der Handelskammer Billingen, die Kandernbahn betr. Die Kommission hat vollständig anerkannt, daß ein großes wirtschaftliches Interesse für diese Bahn nicht nur bei den petitionierenden Gemeinden und dem nördlichen Schwarzwald vorliegt, sondern daß auch ein internationales Interesse ohne Zweifel besteht. Andererseits muß jedoch zugegeben werden, daß das größere Interesse an dieser Bahnanlage auf Schweizer Seite, hauptsächlich auf Seite der Gotthardbahn liegt. Die Kommission findet es deshalb als begründlich, daß vonseiten der Schweiz eine pekuniäre Unterstützung zum Bau der badischen Strecke in Aussicht gestellt werde. Von einem Mitglied der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß der Kreisauschuss Konstanz in einer Eingabe an das Ministerium unterm 20. Juni 1907 verlangt habe, die Anträge der Stadt Donaueschingen abzulehnen, weil das ladijsche Bodenseegebiet, insbesondere zwischen Singen und Konstanz durch Abienung des direkten Personen- und Güterverkehrs benachteiligt werde. Dagegen wurden von der Kommission die in der Petition angeführten Besorgungen in bezug auf eine bevorstehende Konkurrenz durch die Simplon-Lötschberg- und Splügen- oder Greina-Linie auch für die badischen Bahnen als sehr beachtenswert und begründet erachtet. Die Kommission stellt den Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Minister Feiler v. Marschall: Ich bin ebenfalls von der Ueberzeugung durchdrungen, daß wenn die Bahn gebaut wird, sie nur als internationale Linie nicht als lokale ausgebaut werden kann. Als internationale Durchgangslinie würde sie aber 16 Mill. Mark Aufwands erfordern. Die Tunneln müßten im vordereinander zweigleisig gebaut werden. 5,5 Km. der Bahnlinie würden durch Tunneln führen. In der nächsten Zeit wird an dieses Projekt nicht herangegangen werden können. Das gestattet die Finanzlage nicht; auch sind dringendere Bahnmündnisse zu erfüllen. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß in einem späteren Jahrzehnt die Bauausführung möglich sein werde, dank auch der freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz. Und ich kann namens der großh. Regierung nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß diese Beziehungen weiter blühen, wachsen und erstarken mögen.

Der Kommissionsantrag wird ohne Debatte widerstandslos angenommen.

Privatier Kirsner berichtet sodann über die Petition der Gemeinden Reilingen, St. Leon, Kirrlach, Hambrücken und Forst sowie der Städte Mannheim, Schwetzingen und Bruchsal um Erbauung einer Vollbahn Schwetzingen-Bruchsal betr. Die Bahn würde nicht nur lokalen Interessen dienen, sondern würde auch den Verkehr zwischen Mannheim-Schwetzingen und Schwetzingen-Bruchsal andererseits verbessern und auch den Weg um 7 Kilom. verkürzen. Die Regierung war nicht in der Lage, das Projekt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Kommission ist der Meinung, daß die Erbauung der Bahn den Verkehrsbedürfnissen der betreffenden Gegend förderlich sein würde; sie würde auch von großer Bedeutung für Mannheim sein bezüglich dessen Verkehr mit den Nachbarstaaten Bayern und Württemberg. Die Kommission

stellt den Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Minister Feiler v. Marschall: Ich hätte es lieber gesehen, wenn über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen worden wäre. Die Wegabkürzung von Mannheim nach Bruchsal würde ganze 5 Km. betragen. Wir würden aber mindestens 5 Mill. M. für eine solche Wegabkürzung aufwenden müssen. Auch für den Güterverkehr würde die Abkürzung nicht beträchtlich sein. Unsere schnellfahrenden Züge legen diese 5 Km. in 3 Minuten zurück. Einen Vorteil würde die Bahn nur den Gemeinden Reilingen, St. Leon, Kirrlach, Hambrücken und Forst bringen. Wenn aber diese Gemeinden einer weiteren Bahn nicht entraten können, so sollten sie eine Nebenbahn erbauen. Es liegen wichtigeren Aufgaben vor; wir sollten deshalb nicht Hoffnungen erwecken, die wir nicht in der Lage sind zu erfüllen.

Feiler v. Marschall stellt mit einer Reihe von Mitgliedern der 1. Kammer den Antrag, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung.

Privatier Kirsner bedauert die Stellung dieses Gegenantrages und meint, daß der Minister zu schmerzhaft habe. Die Bedeutung der Städte Mannheim, Schwetzingen und Bruchsal hätte nachzulegen müssen, die Petitionen wenigstens einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen. In diesem Sinne sei auch der Kommissionsantrag gestellt.

Der Kommissionsantrag wird mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen, womit der Gegenantrag Büchlin gefallen ist.

Stadttrat Baech berichtet über die Petition sämtlicher Gemeinden, Industriellen und Gewerbetreibenden des Amtsbezirks Schönau um Anlauf der Privatnebenbahn Zell-Lobnau durch den Staat und Umwandlung in eine Vollbahn betr. Die Kommission hält es für durchaus begründlich, daß die beteiligten Gemeinden eine Umwandlung der bestehenden schmalspurigen Bahn und eine Uebernahme des Betriebes durch den Staat für wünschenswert erachten, sie ist auch der Ansicht, daß gewichtige Gründe für eine derartige Umwandlung sprechen. Allein diesen Gründen gegenüber muß die Meinung der großh. Regierung, daß es sich hier um einen außerordentlich großen, nicht leicht zu rechtfertigenden Bauaufwand und wahrlich auch um erhebliche Betriebskosten handelt, nicht, schwer ins Gewicht fallen. Eine gegenseitige Abwägung dieser sich entgegenstehenden Gesichtspunkte ist aber zurzeit nicht wohl möglich und erscheint zugleich als durchaus unappropiirt; denn die großh. Regierung ist nicht in der Lage, die Uebernahme der Bahn vor dem Jahr 1913 zu verlangen, und es würde deshalb ein Drängen auf vorzeitige Uebernahme der Bahn erbedliche, wahrscheinlich nicht zu bewerkstellende Schwierigkeiten hervorrufen. Ob aber die Bahn im Jahre 1913 oder später übernommen werden soll, darüber läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht reden. Soweit jedoch über die Betriebsverhältnisse der Bahn Beschwerden erhoben werden, hat die großh. Regierung Abhilfe zugesagt; es erscheint aber der Kommission weiter wahrscheinlich, daß auch die übrigen Beschwerden der Petenten nicht ganz unbegründet sind, wie ja auch die großh. Regierung wenigstens bezüglich der Tarife eine Erleichterung, allerdings etwas unbestimmt, in Aussicht stellt. Die Kommission ist in dieser Beziehung der Ansicht, daß die Verhältnisse des hinteren Wiesentales eine möglichst günstige Gestaltung des Betriebes sowohl bezüglich der Bahnanlage und der Stationsanrichtung, als auch bezüglich des Fahrplans und der Tarife rechtfertigen und der Verwaltung der Nebenbahn zur Pflicht machen. Die Kommission stellt den Antrag, über die Petition, soweit durch diese die alsbaldige Herstellung einer Vollbahn und Uebernahme des Betriebes auf den Staat verlangt wird, zur Tagesordnung überzugeben, im übrigen aber die Petition der großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Fabrikdirektor Demis bedauert, daß die Kommission in so schroffer Weise die Wünsche des oberen Wiesentales abgelehnt hat. Die Ueberweisung zur Kenntnisnahme wäre hier doch wünschenswert gewesen.

Minister Feiler v. Marschall kann die Ansicht des Verredners nicht teilen, daß die Kommission die Wünsche der Petenten schroff abgelehnt habe. Er könne sich mit dem Antrage der Kommission und mit der Behandlung der Petition durch die Kommission nur einverstanden erklären. Die Regierung sei auf absehbarer Zeit nicht in der Lage, einer Umwandlung der Bahn in eine Vollbahn näherzutreten. Der Umbau würde rund 7 Mill. Mark erfordern. Davon könne bei den vielen Bahnanlagen für die nächste Zeit nicht die Rede sein. Was den anderen Teil der Petition anlangt, so könne er nur erklären, daß die Maßnahmen der Regierung bereits in vollem Gange seien.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird der Kommissionsantrag angenommen.

die Bergwerke mit dem Verkauf der Eisenprodukte zurück und belamen auf diese Weise riesige Lager von Eisen, von welchem man lange Eisenreifen zum Belagen der Holzgeleise benutzte. Die günstigen Erfahrungen mußte man weiter aus und erstellte die schadhafte Holzbohlen durch eiserne Schienen; auch nach der Verbesserung des Eisenmarktes behielt man die eisernen Schienenanlagen, die man ursprünglich bei höheren Eisenpreisen wieder zu entfernen gedachte, bei. Diese „holzerne“ Eisenbahnen wurden schon früher von den englischen Bergwerken nach den Gruben des Harzgebirges eingeführt. Bei den Griechen besaßen sich übrigens in den Hauptstrahlen in Stein eingebaute Spurstrahlen zum Transport der riesigen mit Laubwerk u. Götterbildern geschmückten Opferwagen und die Priester hielten strenge auf Regelmäßigkeit dieser weitverbreiteten Spurstrahlen, auf die Ausweidungsgeleise, die gleichzeitig die Beförderung mehrerer Opferwagen anläßlich der großen Feste gestatteten. Bei den verschiedenen Ausgrabungen fand man solche auf 1,80 Meter gestellten Straßenbahngleise. In gleicher Weise benutzten die alten Ägypter solche Spurstrahlen zum Transport der mächtigen Steinquadern aus ihren Steinbrüchen.

Erstgenannt ist es geglaubt, Kontinente durch Eisenstrahlen miteinander zu verbinden und in weniger Zeit große Räume zu durchqueren; er war der Nachfolger James Watt, des Erfinders der Dampfmaschine, deren gefesselte Kraft bei den Dampfmaschinen zur Durchführung weitzer Meere dient, und in den werdenden Tagen beruht sich durch das gelieferte Problem der Luftschiffahrt eine neue Umwälzung in dem modernen Verkehr vor. Das englische Volk ehrt noch bei Verzeiten seinen verdienten Mitbürger durch die Enthüllung einer Statue auf der großen Eisenbahnbrücke über der Tyne, die zu seinen Ehren Stephensonbrücke genannt wurde.

### Buntes Feuilleton.

Die furchtbare Unwetterkatastrophe im Erzgebirge betrifft am Umfang alle seit 1867 dagewesenen Unwetter. Schwer heimgegriffen wurden vor allem im Annaburger-Gebiete die Oederwitzschloß, Wilsch-

haus, Wildenthal, Wloventhal, Steinbach und Erlsbach. Menschenleben sind zwar nicht zu beklagen, aber die ganze Gegend bietet ein trauriges Bild der Zerstörung. Wolkensbrüche liegen die kinstlichen Flächen zu reißenden Strömen answellen. In den Flusstälern stauten sich Berge von Holzstämmen, angeschwemmt aus den Wäldern und den Seesferenzen. Durch diese Stämme wurde das Wasser gezungen, neue Bahnen zu suchen. Schmutzigebräume fluten ergossen sich in die Gärten. Die Anwohner betretelieder, Wisen-grundbrüche, Kellerräume und Straßen wurden mehrfach aufgerissen; die Gräben gerstört und eiserne Brückensträger wie Draht gelogen. Die Sommerliche Carlsefeld ist besonders schwer getroffen. Das sonst so ruhige Wilschflähen fürzte als Strom die Dorfstraße herunter; Wetzmannen wurden weggespült. Die Raftwogen wälzten Jähme, Bäume und ganze Holzschuppen, Kullen, Steine, Eisenstücke, Hauseneinrichtungsgegenstände mit sich. Mehrere Häuser sind unterteilt und in aller Eile gestürzt worden. Die Frau des Herrers zu Carlsefeld wurde mit dem Sohnan müßsam aus dem nasserumfluteten Pfarrhaus gerettet. Viel Kleinvieh kam in den Fluten um. Auf der Eisenbahnlinie und der Landstraße ist der Verkehr gestört. Auf der Bahnstrecke blieb keine Brücke verschont. Die Bahngleise sind teilweise auf 30 Meter Länge zur Seite gedrückt. Die Schienen sind auf 40 Meter Strecke aus dem Bahnlörper herausgehoben. Auf der Schmalspurstrecke Wilschhaus-Carlsefeld ist der Verkehr für sechs Tage unterbrochen. Plomiere sind zwecks Wiederherstellungsarbeiten eingetroffen. Der Ort Steinbach ist völlig überflutet. Viele Bewohner wurden vom Wasser in die Häuser eingeschlossen. In Erlsbachum ist die Telegraphenleitung zertrütert. Fortwährend hauste das Wasser in Wildenthal. Mehrere Häuser sind dort unterteilt, und eins ist eingestürzt. Mehrere Gebäude wurden wegen Einsturzgefahr geräumt und zwei zum Teil weggeschwemmt. Viele Gebäude sind schwer beschädigt. In Wloventhal ergoß sich ein Sturzloch durch den Wirtschaftsgarten des idyllischen Gasthofs „Koralle“. Der Garten ist völlig demerzlet, die Bäume weggerissen und die Wasserleitung verdondet. Wälder werden verpehen, bis die Spuren des furchtbaren Wetters eingetmehen gestigt sind.

Ueber die Eisenbahn-Katastrophe bei Hlenzburg wird dem Berliner Volks-Anzeiger telegraphisch berichtet: Das Eisenbahnunglück ereignete sich etwa 300 Meter hinter dem Dorfe Gochharup. Ein Derrzug von Hlenzburg wollte den Hlenzburger Männer-Zurn-

verein von einem Ausflug von Gochharup holen und mit dem Besondere zug von Hlenzberg bei Gochharup kreuzen. Das Personal des Besonderezuges hatte genaue Anweisung, in Gochharup zu warten, überfuhr aber trotzdem die Weiche, wodurch das Unglück herbeigeführt und noch vergrößert wurde, da an der Unfallstelle größeres Gefälle vorhanden ist. Zwei Wagen des Besonderezuges stürzten sich aufeinander, Passagiere unter sich begräbend. Im ganzen wurden neun tote und neun Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgeholt. Eine große Anzahl wurde leicht verletzt. Von den Schwerverletzten liegen zwei hoffnungslos darnieder. Die Unfallstelle liegt in einer steilen Kurve, die durchschneidet in und eine Ueberricht nicht gestattet. Der Lokomotivführer sah die Lichter des entgegenkommenden Zuges, glaubte aber, es sei der ausfahrende Hlenzburger Zug, dessen Geleis nur einige Meter entfernt liegt. Der ausfahrende Derrzug hand bereits bei dem Zusammenstoß, da dessen Führer die Gefahr rechtzeitig erkannte. Die rechtzeitige Minderleistung der Dampftriebfkraft und das Lösen der Bremsen mäßigte aber. Durch endemische Derrsignale wurden die Anwohner auf die Gefahr aufmerksam, dann folgte ein dampfer Knall und das schreckliche Särcien der Sterbenden und Verwundeten. In der woch-nachten Sommernacht wurden die Leichen und die Verletzten auf herbeigeschafftes Stroh auf einer Feldmark gebettet. Durch die Stille der Nacht klang das Weinen und das Hülferufen der in furchtbaren Enge gequälten Personen. Väter und Mütter riefen nach ihren Kindern und suchten ihre Angehörigen, soweit sie dazu in der Lage waren, zu retten. Erst nach Stunden kam die erste ärztliche Hilfe, gleichzeitig erschienen auch die Feuerwehmannschaften und die roten Kreuztruppen aus Hlenzburg. In Bahnen wurden die Verletzten und Toten in den Zug und nach Hlenzburg in die Diabollschiffen gehracht. Die Anwohner erinnern sich nicht, so schwer Stunden in ihrem Leben kennen gelernt zu haben. Die Schuld an dem Unfall trifft den Lokomotivführer Strecker und den Angehörigen Hlogt, die beide Orter hatten, in Gochharup den Derrzug passieren zu lassen. Beide stürzten unter Leiden ihre Schuld dem Derrtier ein. Trotz ihrer schmerzlichen Verwendung beteiligten sie sich an den Rettungsarbeiten. Der Staatsanwalt, der an dem Tatort anwesend war, sah infolge des furchtbaren Zustandes der Schändigen von der Inhaftnahme ab. Die weichen der Verletzten und Verstorbenen belanden sich auf einer Sommerplour. Sämtliche Geleierten mit Ausnahme der Frau Wilschsen sind aus Hlenzburg.

Herr Böcklin v. Böcklinsau berichtet über den Gesetzentwurf betr.

Erweiterung des Staatsbahngesetzes. Die 2. Kammer hat auf dem letzten Landtage eine Resolution angenommen, wonach in den nächsten 5 Budgetperioden für den Bau von weiteren Bahnen durchschnittlich fünf Millionen Mark in jeder Budgetperiode aufgewendet werden.

Erweiterung des Staatsbahngesetzes. Die 2. Kammer hat auf dem letzten Landtage eine Resolution angenommen, wonach in den nächsten 5 Budgetperioden für den Bau von weiteren Bahnen durchschnittlich fünf Millionen Mark in jeder Budgetperiode aufgewendet werden.

Minister Herr v. Marschall: Wenn völlig ausgereifte Projekte verlangt werden, so kann man nicht weiter gehen, als das hier geschieht ist. Solange die Landstände die Bahnen nicht bewilligt haben, wäre die nötige Durchsicht der Projekte verlorene Mühe.

Hierauf wird die allgemeine Debatte geschlossen und in die Spezialdiskussion eingetreten.

Herr Voedlin v. Voedlinsau beantragt zu Nummer 1 des Gesetzentwurfes (Bahn Unterhaldingen-Neerburg) die Genehmigung der hierzu vorgeschlagenen 1. Teilforderung und des Baus der Fortsetzung der Seitenbahn von Oberhaldingen über Unterhaldingen nach Neerburg.

Der Kommissionsantrag wird ohne Debatte angenommen.

Herr Voedlin v. Voedlinsau beantragt zu Nummer 2 des Gesetzentwurfes (Bahn Stodach-Cwingen-Heidlingen) die Genehmigung des Baus der Linie Stodach-Cwingen-Heidlingen und der hierfür vorgeschlagenen 1. Teilforderung.

Stadtrat Herr v. Hülse: Ich hätte lieber gesehen, wenn die Petition zur Kenntnisnahme übergeben würde.

Die Kommissionsanträge werden hierauf mit Rücksicht angenommen.

Herr Voedlin v. Voedlinsau beantragt zu Nummer 7 (Bahn Singen-Beuren) die Genehmigung des Bahnbauwerkes Singen-Beuren, die Genehmigung der hierzu angeforderten 1. Teilforderung, Uebertragung zur Tagesordnung über die Petitionen der Gemeinden Dachtlingen, Weierdingen und Weierdingen, Ueberweisung der Petition der Stadt Reppert zur Kenntnisnahme, sowie die Petition der Gemeinde Hülzingen u. a. für erledigt zu erklären.

Die Kommissionsanträge werden mit Rücksicht angenommen.

Herr Voedlin v. Voedlinsau beantragt zu Nummer 8 (Bahn Offenburg-Korb) Genehmigung des Bahnbauwerkes und der hierzu angeforderten 1. Teilforderung. Die Petitionen der Gemeinden Hülshausen und Griesheim sollen für erledigt erklärt werden.

Nach kurzen Ausführungen des Ministers Herr v. Marschall werden die Kommissionsanträge angenommen.

Herr Böcklin v. Böcklinsau beantragt zu Nummer 3 des Gesetzentwurfes (Laudersbach-Heim) die Genehmigung der Linie und der hierzu eingestellten 1. Teilforderung. Weiter stellt die Kommission den Antrag über die Petition von Hülshausen u. a. den Bau einer Nebenbahn von Waldbrunn über Hülshausen-Heim nach Weierheim betr. zur Tagesordnung überzugeben.

Herr Mat Hülshausen vertritt in warmen Worten die Wünsche der Petenten und insbesondere die Interessen der Stadt Weierheim. Die Berechnung des Eisenbahnunternehmens scheint zu pessimistisch zu sein. Er habe keinen Gegenantrag gestellt mit Rücksicht auf den empfehlenden Beschluß der zweiten Kammer.

Herr Mat Hülshausen erklärt, daß die Groß-Regierung für verpflichtet halte, die Interessen der Petenten und besonders der Stadt Weierheim wahrzunehmen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die Kommissionsanträge angenommen.

Das Gesetz wird alsdann in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Am Regierungstisch nimmt Ministerpräsident Herr v. Bohman Platz.

Auf der Tagesordnung steht weiterhin das Wasserrecht.

Herr Mat Dr. Sewald erstattet Bericht über den Gesetzentwurf betr. die Veränderung des Wasserrechtes. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes und bei der Kürze der dem Landtage noch verbleibenden Zeit ist es nicht mehr möglich, das Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden. Auf hiernach die Veränderung des Wasserrechtes dem nächsten Landtage vorbehalten bleiben, so erscheint es doch geboten, bis dahin Vorkehr zu treffen, daß nicht aus der fortdauernden Geltung der bestehenden Gesetzbestimmungen über die Benutzung der natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufe für die künftige Regulierung anderer Wasserwirtschaftlichen Hindernisse erwachsen, die nicht oder doch nur schwer wieder zu beseitigen wären.

die Vorschriften in Artikel 1 des Entwurfes; sie gibt der Behörde eine im vorhergehenden Sinne erweiterte Befugnis, die Genehmigung zu Wasserbenutzungsanlagen an nicht öffentlichen Wasserläufen zu verweigern. Um indessen die gleichmäßige Handhabung des Gesetzes durch die Bezirksräte zu gewährleisten, soll die Befugnis der Genehmigung aus den in Absatz 1 des Artikels 1 bezeichneten Gründen nur mit Zustimmung des Ministeriums des Innern erfolgen. Das Ministerium gedenkt die Bezirksräte anzuweisen, daß alle Genehmigungsanträge, die bestimmte Gewässer betreffen, vor der Vorbescheidung zunächst dem Ministerium vorgelegt werden, welches alsdann prüft, ob die Voraussetzungen zur Vergabung der Genehmigung vorliegen, und dem Bezirksrat vom Ergebnis dieser Prüfung Kenntnis gibt. Das Gesetz, das nur ein Provisorium schaffen will, soll nach Artikel 2 spätestens mit dem Schluß des Jahres 1910 wieder außer Kraft treten.

Herr v. la Roche: Die Landwirtschaft erkläre in dem Wasserrechte eine Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Interessen. Diefem Gesetze die Verantwortung habe auch die Landwirtschaftskammer Ausdruck gegeben. Man dürfe die Hoffnung hegen, daß den Bedenken gegen das Gesetz bis zum nächsten Landtage mehr Rechnung getragen werde als das bisher der Fall gewesen sei.

Herr v. Marschall dankt der Kommission, daß sie zu einer grundsätzlichen Zustimmung zum Wasserrecht gekommen sei. Die grundsätzliche Erörterung der Vorlage ist keineswegs verlorene Arbeit; sie wird für die Weiterbehandlung des Gesetzentwurfes von großer Bedeutung sein. Den schriftlichen Darlegungen des Berichterstatters habe ich nichts hinzuzufügen. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie dem Staate die freie Verfügung über die Wasserläufe geben, wenn Sie damit zu dem ursprünglichen Rechte zurückkehren. Dann kann auch die Verfügung über die Wasserkräfte nach großen Gesichtspunkten erfolgen. Der Wasserwirtschaftsrat wird in erster Linie berufen sein, diese Gesichtspunkte aufzustellen und über den Gesetzesvorschlag sein Urteil abzugeben. Schon in der Denkschrift über die Wasserkräfte wird eine Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen zugefagt. Um übertriebenen Beschränkungen zu begegnen, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß bei der Anlage von Staustufen die Wasserläufe in 3 Abteilungen zerfallen. Die oberen Wasserläufe werden unverändert beibehalten. Die mittleren werden allerdings trocken gelegt, aber durch Kanäle ersetzt, die unteren Flüsse werden aber verbessert, was vor allem auch der Landwirtschaft zugute kommen wird. Auf die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten wird alle Rücksicht genommen. Der Landwirtschaftskammer konnte der Gesetzentwurf nicht vorgelegt werden wegen der Kürze der Zeit. Wenn ich auch bedauere, daß das Gesetz als solches nicht zur Verabschiedung gelangt, so begrüße ich auf der anderen Seite, daß es annähernd möglich sein wird, die Landwirtschaftskammer und den Wasserwirtschaftsrat zu hören. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auf dem nächsten Landtage das Gesetz zustande zu bringen. In namentlicher Abstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen. Der Abstimmung enthielt sich Herr v. la Roche.

Weitere Gesetze. Landgerichtspräsident Dr. Dörner berichtet über den Entwurf eines Ortsstrafengesetzes, das aus der zweiten Kammer an die erste Kammer zurückgelangt ist. Die Kommission beantragt, das Gesetz in der ihm von der 2. Kammer gegebenen Fassung zu genehmigen, und die zwei eingelaufenen Petitionen für erledigt zu erklären.

Ohne Debatte wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Stadtrat Herr v. Hülse berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Bereinigung der Gemeinde Lichtental mit der Stadtgemeinde Baden.

Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung ohne Debatte einstimmig angenommen.

Landgerichtspräsident Dr. Dörner berichtet über den Entwurf eines Gesetzes, die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und bei der Zwangsversteigerung in das unbewegliche Vermögen betr. (Kostengesetz). Das Gesetz hat bereits die erste Kammer beschlüsselt und ist von der zweiten Kammer an die erste zurückverwiesen worden. Die Änderungen der zweiten Kammer sollen bis auf eine genehmigt werden. Die Kommission beantragt Genehmigung dieser Änderungen und im übrigen die nochmalige Ueberweisung an die zweite Kammer.

Nach kurzen Ausführungen des Regierungsvorstehers wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig genehmigt.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

2. Kammer. - 121. Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 11. August.

Präsident Herr v. Hülshausen eröffnet 11 Uhr 15 Min. vormittags die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister v. Dusch, Finanzminister Dr. Gonsell und Regierungskommissäre.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz betr. die Dedung des Staatsbedarfes für 1909.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

man auf dem nächsten Landtag die gewünschte Aufhebung durchzuführen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

Herr v. Willems teilt als Berichterstatter die bekannten Beschlüsse der ersten Kammer über die Dedungsvorlage mit. In der Kommission der zweiten Kammer habe man schließlich der Erhöhung der Einkommensteuer um 10 pCt. statt 8 1/2 pCt. zugestimmt und auch der Beibehaltung der Fleischsteuer, obgleich dieselbe als eine veraltete Steuer zu betrachten sei. Mit 12 gegen 4 Stimmen habe man der Beibehaltung zugestimmt und schließlich einstimmig das Dedungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Kammer angenommen, ohne sich durch die Bedrohungen mit der Auflösung der Kammer irgendwie beeinflussen zu lassen.

schweizerische Einleitungsregeln und dessen System zu halten und dabei auch die in den Einleitungsregeln der andern, besonders der benachbarten deutschen Bundesstaaten als besonders gut erkannten Bestimmungen zu verwerten seien. Die Kommission der Zweiten Kammer befürchtete auch, daß mit der Annahme dieser Novelle eine weitere geschickte Regelung des Einleitungsverkehrs auf absehbare Zeit nicht mehr eintreten werde. Sie hielt die in der Novelle vorgeschriebenen Änderungen für keineswegs zweifelhaft geeignet, die erstrebten Verbesserungen zu bringen. Nur der dringende Wunsch der Regierung, wie auch die Erwägung, daß der Gesetzentwurf in der ihm von der Ersten Kammer gegebenen Fassung zweifellos Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand bringe, insbesondere das in bisherigen Gesetzen allzu hart und hart vorgesehene Privatinteresse zugunsten der Interessen der Allgemeinheit etwas zurücktreten lasse, ließen auch bei der Kommission der Zweiten Kammer alle großen und kleinen Bedenken zurücktreten und in eine Bewatung des Gesetzentwurfs eintreten. Es war aber im Hinblick auf die Geschäftslage des Landtages ausgeschlossen, grundsätzliche, dem bisherigen Gesetze und der Novelle völlig fremde Änderungen vorzunehmen. Die Kommission konnte sich dabei fast in allem an die Fassung der Ersten Kammer und die für diese und deren Kommission maßgebenden Erwägungen und Grundzüge anschließen. Schließlich stellt die Kommission den Antrag, den Gesetzentwurf mit den von ihr vorgeschlagenen unwesentlichen Änderungen anzunehmen.

Abg. Gieseler hebt mit Genugtuung hervor, daß der Kollege Wittenmann in letzter Stunde trotz des ihn betreffenden Anlasses den Bericht fertiggestellt habe. Es sei zweckmäßig, auf diesem Gebiet der Gesetzgebung vorstichtig vorzugehen. Die heutige Novelle bringe eine Verbesserung im Interesse vor allem der Eisenbahnverwaltung und durch die Vereinfachung des Verfahrens.

Abg. Kolb erklärt, daß man den Kommissionsbericht erst gestern erhalten und daß man nicht in der Lage sei, denselben zu prüfen.

Abg. Döhrcher kann dem Entwurf zustimmen, doch den Bericht könne er nicht vertreten, so sehr der Berichtshatter Dank und Anerkennung für seine Arbeit verdiene.

Die Abg. Benedek, Fröhlich erklären es für einen unwürdigen Zustand, daß in allerletzter Stunde so überaus wichtige Gesetze zur Beratung noch liegen.

Ministerialdirektor Weingärtner meint, daß man der Vorlage zustimmen könne und daß man vielleicht zu Protokoll bringen könne, daß der Bericht in der Hauptsache eine Arbeit des Berichtshatters sei, dem auch die Regierung ihren Dank ausspreche.

Minister v. Bodman schließt sich diesen Worten des Dankes voll und ganz an.

In der Spezialberatung wird das Gesetz angenommen unter 7 Stimmenthaltungen.

Nächste Sitzung halb 5 Uhr.

### Aus Stadt und Land.

• Mannheim, 11. August 1908.

• **Abtritt in den Ruhestand.** Oberleutnant Oberhard Friedrich, Kommandeur des 4. Bataillons im 2. Badischen Grenadier-Regiment Nr. 110, hat den Abschied genommen. Von Zeits an hat sich ein bekannter Name als hervorragender Kenner russischer Armeeverhältnisse, über die er zahlreiche Schriften veröffentlichte, gemacht. 1837 geboren, wurde er 1870 Leutnant im Garde-Schützen-Bataillon, von 1879 bis 1884 machte er andere Lehnte Reisen in Rußland, begann in Rußland-Polen. Darauf rückte er wieder zum Dienste ein und stand dann mehrere Jahre im Generalstab. Den russisch-japanischen Krieg machte er im Stabe des Generals Kurapatkin mit. Seine Erlebnisse während der Kampagne veröffentlichte er unter dem Titel „18 Monate mit Rußlands Göttern in der Handkammer“.

• **Rekrutenziege des Turnvereins.** Wie alljährlich, so ließ es sich der Turnverein Mannheim e. V. auch dieses Jahr angelegen sein, eine sogenannte „Rekrutenziege“, d. h. eine Abteilung einzurichten, in welcher jungen Leuten, die im Herbst dieses Jahres ihrer Militärpflicht genügen müssen, Gelegenheit geboten ist, die Anfangsgründe des militärischen Turnens und Exercierens unter Leitung eines Vorturners, der selbst dabei hat, zu erlernen. Die Lehrgänge beginnen bereits heute Dienstag und sind auf jeweils Dienstag und Freitag abends 8.30 Uhr festgesetzt. Anmeldungen werden jeden Lehrgang abends mündlich und durch den Vorstand schriftlich entgegengenommen. Vereinsbau Vde Prinz Wilhelm-Str. 10.

• **Dixies Barakken.** An dieser Stelle wollen wir noch auf die morgen Mittwoch, den 12. August um 4 Uhr beginnende Rachmittagsvorstellung hinweisen, deren Zweck der nächtigen Zugangsübungen wegen hauptsächlich den auswärtigen Besuchern unseres Mannes zu empfehlen ist und in der Kinder unter 14 Jahren abermals halbe Preise zahlen.

• **Freiwilliger Tod eines Mannheimer Schuhmanns.** Durch Hitzschlag am Sonntag in seiner Vorkammer am Gemarkungsgraben zwischen Heß Dorf und Wachen die Kaiserin eines Schuhmanns aus Mannheim aufgefunden. In dem Vorkammer war nach der Bektag von 1.95 Karz; ebenso befand sich bei den Kleidern noch die Taschen. Nach den Aufzeichnungen im Notizbuch gehörten die Uniformstücke dem Schuhmann Johann Reiser aus Mannheim. In dem Notizbuch war auch der Wunsch ausgesprochen, von dem Fund seiner Schwester Kenntnis zu geben. Nach eingehender Erkundigung fehlt Schuhmann Reiser, der zweifellos der Tod im Wein gesucht hat, seit einigen Tagen. Das Notizbuch der Tat ist unbekannt.

• **Der Jugendgerichtshof hat sich am Mannheimer Amtsgerichte noch nicht konstituiert.** Gestern wurde am Schöffengerichte in drei Fällen gegen Jugendliche verhandelt. Während man im unteren Saale wenigstens den Verteidigungen nach Anfertigung der jugendlichen Angeklagten von den erwachsenen Angeklagten dem Hinweise des Justizministeriums entsprechend dadurch Rechnung getragen hatte, daß die beiden zu verhandelnden Fälle als erster und zweiter Tagesordnungsgegenstand verhandelt wurden, war dies im oberen Saale nicht der Fall. Gegen zwei Jugendliche wurde mitten in der Tagesordnung verhandelt. Im unteren Saale handelte es sich um zwei Paganellfäden, im oberen Saale um einen Diebstahl. Ein 14 Jahre alter Junge hat seinem Bruder eine Taschenuhr im Werte von 30 M. entwendet und sie durch einen 18 Jahre alten Tagelöhner verschicken lassen. Beide teilten sich in den Erlös. Der jugendliche Dieb wurde zu der harten Gefängnisstrafe von 2 Wochen verurteilt, der Diebler zu 4 Wochen, obgleich zwei Wochen der Untersuchungshaft.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

• **Internationale Kunstausstellung der Münchener „Secession“.** Vom bayerischen Staat wurde noch nachträglich für die Kgl. Bibliothek angekauft: die Vertikaltische Professor Bildhauer Josef, Hermann (Bronze) von Professor Koss von Hildebrand in München.

Der erste preussische Armementalschlichter, Professor Kossberg, der sich infolge seines vorgerückten Alters schon seit längerer Zeit mit dem Schichten von Eisen und Stahl zu neigen, wird am

1. Oktober d. J. in den Ruhestand treten, der ihm mit Pension bewilligt worden ist. Kossberg hat sich reiche Verdienste um die Entwicklung der preussischen Militärkunst erworben.

Die **deutsche Geologische Gesellschaft** hielt ihrer 53. Versammlung in Dresden vom 5. bis 8. d. Mts. ab. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 80 Herren, darunter auch Ausländer (Japan, Kanada, Schweden, Holland und mehrere aus Oesterreich). Auch Süddeutschland war vertreten: München, Erlangen, Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Darmstadt, Straßburg. Die wissenschaftlichen Vorträge waren überwiegend dem Gebiet der Petrographie und Stratigraphie entnommen. Auch interessierte ein Vortrag des Prof. Friede-Bremen über die Gestaltung des geologischen Unterrichts an höheren Lehranstalten. Als nächstjähriger Versammlungsort wurde Hamburg gewählt. 1910 wird die Gesellschaft voraussichtlich in Greifswald tagen und für 1911 und Prof. Krumm im Auftrag der hessischen Landesanstalt nach Darmstadt ein. Der Versammlung ging eine dreitägige Exkursion in das sächsische Grenzgebiet, die reißenden Täler der Mulde und Johanna am Rößlich, Penig, Waldheim unter Geheimrat Kredner Führung voraus. An den Nachmittagen der Tagung selbst zeigte Geheimrat Kallowsky-Dresden, der diesmalige Geschäftsführer, die interessantesten Punkte der Dresdener Umgebung (Blauencher Grund, Bastei), und nach der Tagung führten Oberberg- und Prof. Friedrich und Gaeber-Beipzig ins sächsische Grenzgebirge und danach Prof. Hübner-Teichen in das böhmische Mittelgebirge zwischen Teplitz und Aussig.

• **Ernt von Wildendrusch** ist zurzeit mit einem neuen Drama beschäftigt, das eines ganz besonderen Interesses fähig ist. Es ist ein Volksschauspiel, das im nächsten Jahre im Rahmen der Festspiele zu Eger zur Aufführung gelangen soll. Der Dichter schreibt das Werk für diese Festspiele, deren erste Spielzeit jedoch mit einer Darstellung des Volksschauspiels „Die Gründung Egers“ ihren Abschluß fand und die mit dem neuen Wildendrusch'schen Stücke im nächsten Jahre ihre Fortsetzung finden werden. Der Vorwurf des Dramas ist der Geschichte Egers entnommen.

Der **Verlag der Dörscher Schriftsteller, Dr. Christian Scheller**, Nr. 77 Jahre alt, in Cornocoba bei Rovereto gestorben. Als Dichter hat er sich besonders mit seinem Märchenroman „Am Alpen“ hervorgetan. Seine epischen Gedichte „St. Valentin“ und „Erlöser von Heims“ und die lyrischen Gedichtsammlungen „Blüten und Gaben“ und „Scherz und Sonne“ hatten gleichfalls Erfolg. Auch als Kulturkritiker hat sich Scheller einen Namen gemacht mit seinen Werken „Skizzen und Kulturbilder aus Tirol“ und „Tirolische Namenforschung“.

### Von Tag zu Tag.

• **Mord und Selbstmord.** Paris, 11. Aug. In Germiny bei Toul hat die 23jährige Frau Dr. 2 ihrer Kinder in den Hausbrunnen geworfen und als die Tat entdeckt und die Kinder aus dem Brunnen geholt wurden, Selbstmord verübt, indem sie sich die Halsschlagader durchschnitt.

• **Durch den Strang hingerichtet.** Kallutta, 11. August. Der Richter Kallidam Bose, der im April ein Attentat auf den Vizegouverneur verübte, hat dessen aber 2 Wochen durch eine Bombe tödete und vom Gericht im Juli zum Tode verurteilt worden war, wurde durch den Strang hingerichtet.

### Letzte Nachrichten und Telegramme.

• **Mainz, 11. Aug.** Wie das Gouvernament mitteilt, findet die Truppenparade auf dem Großen Sand am 20. August unter dem Kaiser und in Anwesenheit des Großherzogs von Hessen statt.

• **München, 11. Aug.** Der Großherzog von Baden hat an den Prinzregenten folgendes Telegramm aus Badenweiler unter dem 10. d. Mts. gerichtet: „Eben von Donaueschingen zurückgekehrt, wo ich Zeuge der Antündigung Deiner gütigen Spende für die schwer heimgesuchte Stadt war, eile ich, Dir meinen tief gerührten, herzlichsten Dank für diesen wertvollen Beweis der mir und meinem Lande dadurch erwiesenen Teilnahme zu senden. gez. Friedrich.“

• **Regenz, 11. Aug.** Der deutsche Kronprinz verläßt heute Hofheim im Regenzener Wald und begibt sich nach Friedrichshafen zum Grafen Zeppelin. Am Donnerstag fährt er u. „Fest. Jg.“ nach Hül.

• **Junzbrud, 11. Aug.** Wehrem hier bei der Luftkammer „Augusta“ mit den Herren Gützel und Dr. Becklin aus Berlin auf. Der Wallon floh u. „Fest. Jg.“ über die Jantrolalpen und den Brenner und landete nach glücklicher Fahrt auf einer Bergwiese 1500 Meter hoch in Tirol.

• **Karibib, 11. Aug.** Staatssekretär Dernburg ist nach dem Norden des Schutzgebietes abgereist.

### Verhandlung des Verbandes deutscher Juweliere.

• **Heidelberg, 11. Aug.** In den Verhandlungen des hier tagenden Verbandes deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede, rügte Herr Paul Löwenthal-Frankfurt a. M. die gesamte Fachpresse wegen ihrer zu geringen Orientierung und der damit den Fachleuten zugefügten Schädigung. Die beiden Vertreter der Fachpresse mußten die Vorwürfe zum Teil als berechtigt anerkennen. — In der lebhaften Aussprache über die Einbruchdiebstahlfrage, welcher 719 Mitglieder angehören, wurde die Notwendigkeit einer lebhaften Propaganda hervorgerufen, damit die Ruffe nach einer Norm des Reichsversicherungsamtes mit Erringung eines Garantiekapitals von 1 Million Mark den rechtlichen Anspruch auf Entschädigung gemährt kann.

Gegen die in der Branche herrschenden argen Zahlungsverweigerungen gelangte eine Resolution zur Annahme, nach welcher eine Abschreibung über 6 Monate hinaus nicht zu billigen sei. Gegen das Geschäftsprinzip der Württembergischen Metallwarenfabrik in Heilsingen, überall eigene Bilanzen zu errichten, will der Verband gemeinsam mit 14 anderen benachteiligten Verbänden gemeinsame Schritte unternehmen.

### Monarchenzusammenkunft in Cronberg.

• **Cronberg, 11. Aug.** Die Stadt ist mit Guitlanden und mit deutschen und englischen Flaggen reich geschmückt. Eine große Menschenmenge sammelte sich auf der Feststraße vom Bahnhof bis zum Schlosse an. Das Wetter ist gut. Auf dem Bahnsteig traf der Kaiser um 8 Uhr 30 Minuten ein. Er trug den Heberock der Posener Jäger zu Pferde mit Strohhelm, ferner trafen ein Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, das Gefolge, Regierungspräsident Dr. v. Meißner, Landrat Dr. Ritter von Marx Bürgermeister Pilsch, Vizekonsul Sir Francis Pascelles und der englische Militärattache Trench. Der Kaiser zog leichten in ein längeres Gespräch. Um 9 Uhr lief der Zug mit dem Salonwagen ein. König Eduard in der Uniform seines Stolper Husarenregimentes mit Sir Stanley Clark und Ritter Penseby entstieg dem Wagen. Die Begrüßung der Monarchen war sehr herzlich. Sie lächelten einander auf beide Wangen. Der König begrüßte sodann den Prinzen und die Prinzessin

Friedrich Karl von Hessen ebenfalls auf das herzlichste, worauf die Gefolge vorgestellt wurden. Der Kaiser und der König führten sodann im offenen Automobil zum Schlosse unter anbauenden Hochrufen des Publikums. Prinz und Prinzessin Friedrich Karl sowie die Herren des Gefolges schlossen sich in Automobilen an.

• **Cronberg, 11. Aug.** Vor der Mittagsstafel machten der Kaiser und der König einen Spaziergang im Schloßpark. An der Tafel um 1 Uhr nahmen teil außer den Majestäten, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, die Kronprinzessin von Griechenland, das Gefolge, der ehemalige Leibarzt der Kaiserin Friedrich, Dr. Spielhagen, Vizekonsul Sir Francis Pascelles, Militärattache Trench, sowie die Offiziere des Wachkommandos. Bei der Tafel konzertierte die Kapelle des 81. Infanterieregimentes, dessen Kommandeur Prinz Friedrich Karl ist.

• **Cronberg, 11. Aug.** Kaiser Wilhelm und König Eduard neßten den übrigen Fürlichkeiten des Gefolges, Vizekonsul Sir Francis Pascelles und Oberst Trench trafen um 3 Uhr eine Automobilsfahrt durch den Taunus an. Der Kaiser trug wiederum die Uniform der Posener Jäger zu Pferde. König Eduard Husarenuniform.

• **Cronberg, 11. Aug.** Kaiser Wilhelm und König Eduard sowie die übrigen Fürlichkeiten trafen um 4.30 Uhr hier wieder ein und nahmen den Tee bei Frau Carl von Granelius ein.

### Denkmalsenthaltung der Landgräfin Elisabeth.

• **Homburg, 11. Aug.** Zur Enthüllung des Denkmals der Landgräfin Elisabeth trafen der Kaiser und König Eduard im Automobil von Schloß Friedrichshof kommend, um 3.20 Uhr ein und wurden von der zahlreich versammelten Menge in der feillich geschmückten Luisenstraße, sowie in der Ferdinandstraße enthusiastisch begrüßt. Am Denkmal hatten sich bereits die eingeladenen Persönlichkeiten eingefunden. Baron von Malan begrüßte die Majestäten, und daß um die Erlaubnis, die Hülle entfernen zu dürfen. Dies geschah unter großem Jubel der zahlreich versammelten Zuschauer. Kaiser Wilhelm und König Eduard bejähigten sodann das Denkmal und führten hierauf nach der Erlöserkirche, woselbst sich zum Empfang die evangelische Geistlichkeit aufgestellt hatte. Beim Betreten der Kirche spielte die Orgel und erstrahlte das große Kreuz, welches das Mittelschiff der Kirche erleuchtet. Nach einer kurzen Predigt verließen die Majestäten mit ihrem Gefolge die Kirche und kehrten mittelst Automobil wieder nach Schloß Friedrichshof zurück.

### 9. Internationaler Stenographentag.

• **Darmstadt, 11. Aug.** Heute vormittag wurde hier der 9. internationale Stenographentag eröffnet. Um 10 Uhr wurde ein aus 5 Herren bestehendes Komitee vom Großherzog empfangen. Um 11 Uhr fand die Eröffnung des Kongresses durch den Vorsitzenden Professor Pfaff-Darmstadt statt. Erschienen sind etwa 100 Teilnehmer aus Deutschland und dem Auslande. Geheimrat Schulrat Rodnagel begrüßte den Kongress als Vertreter der Regierung, Oberbürgermeister Markowig im Namen der Stadt und Geheimrat Waag im Namen der zweiten Kammer. Weitere Begrüßungsansprachen von auswärtigen Vertretern aus Frankreich, Italien, Holland und Ungarn schlossen sich an. Die Verhandlungen des Stenographentages finden heute und morgen statt.

### Schweres Grubenunglück.

• **Dauweiler, 11. Aug.** Von den bei dem Grubenunglück auf Grube Dauweiler Verletzten sind 2 gestorben, jedoch die Zahl der Toten nunmehr 15 beträgt.

### Die Wahl Cronauers kassiert.

• **München, 10. Aug.** Im Wahlprüfungsausschuß der Abgeordnetenkammer wurde heute abend die Wahl Cronauers in Gernersheim gegen die Stimmen der Liberalen und Bauernbündler für ungültig erklärt. Morgen (Dienstag) kommt die Wahl Cronauer im Plenum aufs Tapet.

### Die Dissolution für Graf Zeppelin.

• **Frankfurt a. M., 11. August.** Bei der Administration der „Frankf. Zeitung“ sind als Nationalpende für Zeppelin bis jetzt insgesamt 71.707.99 Mark eingegangen.

• **Draunshweig, 11. Aug.** Staatsminister Dr. v. Otto übernahm den Vorsitz beim Landesausschuß für die Zeppelinspende. Aus dem Großherzogtum lieren die Spenden u. „Fest. Jg.“ sehr zahlreich ein. Auf Veranlassung des Landesausschusses wird Herr Dr. Linde aus Frankfurt a. M. am Sonntag hier einen Vortrag über den Grafen Zeppelin und sein Luftschiff halten.

• **Dresden, 11. Aug.** König Friedrich August spendete für die Nationalpende an den Grafen Zeppelin 2000 Mark.

### Der Umsturz in der Türkei.

• **Köln, 10. Aug.** Der „Köln. Jtg.“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der Generalkab bereite eine Gesetz über die Einstellung von Christen und Juden für den Heeresdienst vor. Eine eifrige Tätigkeit auf allen militärischen Gebieten wird beabsichtigt. Große Ehrungen werden für den morgen aus der Verbannung eintreffenden Marschall Fuad Pascha, dem Sieger von Elena, geplant. Einige der neuen Kriegsschiffe sollen das goldene Horn verlassen und vor Solmadagah ankern. Der Verwaltungsrat des Ministeriums wird aufgelöst und durch einen Ausschuß der Abteilungscheffe ersetzt werden. Der ehemalige Kriegsminister hat der Kasse des Ministeriums 100.000 Pfund erstattet. Fast alle militärischen Attachees an den türkischen Vertretungen im Ausland sind aberufen worden.

### Zur drohenden Ausperrung der Metallarbeiter.

• **Hamburg, 11. August.** Falls die Steirer Räder heute die Arbeit nicht aufnehmen und es zur partiellen Ausperrung kommt, soll die allgemeine Ausperrung sämtlicher Arbeiter auf den deutschen Schiffswerften u. „Fest. Jtg.“ bereits am Sonntag erfolgen.

### Der Fall Schilling.

• **Hamburg, 11. Aug.** Aus besser Quelle verläutet, daß das gegen Schilling wegen dessen journalistischer Tätigkeit eingeleitete Verfahren nunmehr auch ausgedehnt werde auf die Revueaffäre und der Ermittlung der Verfasserschaft eines am 22. Juli im „Berl. Tagebl.“ unter der Ueberschrift: „Ein Hochzeit der preussischen Bureaukratie“ erschienenen Artikels.

### Die Karuben in Berlin.

• **Labris, 10. Aug.** Gestern wurde von allen Seiten geschossen. Die Truppen bombardierten das Stadtviertel der Revolutionäre mit Granaten. Heute fielen vor 6 Uhr morgens einige Kanonenschüsse. Abdomn trat Ruhe ein. Rafis et Dins wird in der Stadt erwartet.

Sängerreise des Lehrergesangsvereins Mannheim-Ludwigshafen.

Graz, 9. August.

8. Tag.

Wie schon berichtet, hatte für den Nachmittag des 7. August Herr Kaiserl. Rat Pollak die Mannheimer Sänger zu einem Kellerfest geladen. Ein schöneres Abschiedsfest hätte uns in Wien nicht geboten werden können. Herr Kaiserl. Pollak begrüßte die Gäste in einer humorvollen Ansprache, in der er betonte, daß im mancherlei zu dieser Einladung bewogen hätte. Als Mitglied des Wiener Männergesangsvereins fühle er sich verpflichtet, den Gästen den Aufenthalt in Wien so angenehm als möglich zu gestalten; er habe aber auch besondere Beziehungen zum Deutschen Reich, da ihm durch den Kaiser der Kronenorden verliehen worden sei. Auch zu Mannheim fühle er sich hingezogen, da er jedes Jahr einige Wochen in der Nähe von Mannheim, in Bad Nauheim, zubringe. Das letzte Motiv sei ein sehr egoistisches; es habe eine sehr gute Ernte in Aussicht und für diese Ernte müsse Flag geschaffen werden. Durch diese herrliche Begrüßung war schon eine gute Stimmung geschaffen. Herr Pollak selbst führte uns durch die riesigen Kellerräume, die etwa 250.000 Hektoliter Wein enthalten. Nach der Besichtigung begann die Probe, in der uns vorzügliche Sorten österreichischer und ungarischer Weine gereicht wurden; auch an der nötigen Speisung fehlte es nicht. Zwei Musikkapellen spielten auf. Toaste auf die Wonnorten von Österreich-Ungarn und Deutschland, deren Hüften angefeuert waren, wurden ausgetrocknet; mächtig klangen unsere Lieder durch die Kellerräume; nach einmal hatte sich aus die Gastfreundschaft der Wiener im glänzenden Lichte gezeigt. Am Abend konnte sich jeder nach Belieben von Wien verabschieden. Leb wohl, du einzig schöne, herrliche Stadt!

Als wir uns am Samstag morgen versammelten, um mit Sonderwagen der elektrischen Straßenbahn zum Südbahnhof zu fahren, da zeigte der Himmel sein trübtes Gesicht; es regnete in Strömen. Jammerlich war uns der Wettergott ungnädig, gerade an dem Tag, an welchem wir am meisten auf seine Günstigkeit hätten. Am Südbahnhof erwartete uns ein Extrazug, der aus ganz neuen Wagen zusammengesetzt war, dank der Liebenswürdigkeit des Herrn Inspektors Bohmann vom Gesangsverein österreichischer Eisenbahnbeamten. Ein kurzer Abschied noch von den erlesenen Wiener Gesangsbrüdern, dann legt sich der Zug unter den Klängen des deutschen Sängergesangs in Bewegung, um uns zum Semmering zu führen. Leider regnete es immer weiter, dicke Nebelwolken bedeckten die Berge und nur die nächste Umgebung war deutlich zu erkennen. Nach 10 Uhr kamen wir auf dem Semmering an, wo ein zweistündiger Aufenthalt vorzusehen war. Schwiegend ging durch den Regen hinauf zum Südbahnhof; das schlechte Wetter hatte niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. War es aber draußen kalt und regnete, so wurde es uns im Saale doch warm und Herz, als Herr Inspektor Bohmann sich erhob, um uns namens des Gesangsvereins österreichischer Eisenbahnbeamten herzlich zu danken für unsern Besuch. Als Ankenken ließ er jedem Mitglied ein Sträußchen prächtiger Alpenblumen überreichen. Als Herr Inspektor Bohmann seine Ansprache schloß mit dem Versprechen, auf baldiges Wiedersehen in Mannheim, da war das schlechte Wetter verlassen und deutsche Gastfreundschaft zog ein. Nach waren die 2 Stunden verfliegen und wir mußten wieder hinauf zum Wald.

Es schien, als ob die freundliche Stimmung oben auch einen guten Einfluß auf das Wetter gehabt hätte. Die Wolken teilten sich; bald zeigte sich die grüne Steiermark im Sonnenschein. Alles drängte sich an die Fenster, um die wunderbaren Landschaftsbilder zu genießen. In Würzburg verabschiedete sich Herr Inspektor Bohmann von uns, um unsere letzten Grüße nach Wien zu bringen. Nach trug uns der Zug weiter. In Brno war kurzer Aufenthalt; kaum war der Zug eingefahren, da erschollen drüben brauende Pfeife. Der Männergesangsverein Brno hatte sich am Bahnhof eingefunden, um uns in der Steiermark zu begrüßen. Kurze Ansprachen der beiden Vereine, dann erklangen die Wahlsprüche der beiden Vereine und weiter geht's. Um 3 Uhr fuhren wir in Graz ein, festlich empfangen von dem Grazer Männergesangsverein. Vor dem Bahnhof erwarteten uns eine große Zahl von Gästen, die uns in die Hotels bringen. Während der Fahrt werden wir von dem Publikum aus herzlich begrüßt. Blumen werden aus den Fenstern geworfen, Tücher geschwenkt und „Heil, Heil“ erschallt es überall. Nachdem wir uns in den Hotels restauriert hatten, wurden wir von Mitgliedern des Männergesangsvereins durch die Stadt und in ihre prächtige nähere Umgebung geführt.

Am Abend versammelten wir uns auf dem wunderlichen Schloßberg, um dort mit den Grazer Sängern einige gemütliche Stunden zu verbringen. Als Ehren Gäste waren erschienen: Herr Landesauschussvorsitzender Edler von Fejzler, Herr Bürgermeister Dr. Graf, der Obmann des Bundes deutscher Lehrer und Lehrerrinnen in der Steiermark, Herr Gahret aus Warburg und ein Vertreter des Landesverbandes für den Fremdenverkehr, Herr Schütz. Der Vorsitzende des Männergesangsvereins, Herr Kaiserl. Rat Hermann, eröffnete den Abend mit einer herrlichen Ansprache, in der er betonte, daß man gerade in Graz, wo man schon im Kampf um das deutsche Volkstum stehe, besonders erfreut sei, wenn man reichsdeutsche Sänger begrüßen könne. Herr Bürgermeister Dr. Graf begrüßte die Gäste im Namen der Stadt, Edler von Fejzler namens der ganzen Steiermark, Herr Gahret führte aus, daß die österreichischen Lehrer und Lehrerinnen sich eins fühlen mit der deutschen Lehrerschaft, wenn sie auch durch die Alpen von ihr getrennt seien. Herr Karl Schmitt, der Schriftführer unseres Vereins, dankte für die herrliche Aufnahme und übergab dem Grazer Männergesangsverein als äußeres Zeichen des Dankes einen prächtigen Weinkehl. Die von uns gesungenen Chöre fanden bei dem zahlreichem Publikum lebhaften Beifall. Für uns war ein außerordentlich guter Blick von der Terrasse über die im Lichterglanz strahlende Stadt, ein Bild von seltener Schönheit.

Vom Semmering aus war an Peter Rosegger folgendes Telegramm geschickt worden: „Dem Ehrenkollator von Seidberg, dem hochgeehrten Sänger der Steiermark, dem ferndeutschen Dichter sendet verehrungsvollen Gruß beim Betreten der Steiermark. Der Lehrergesangsverein Mannheim-Ludwigshafen.“ Stirnwindig Jubel erregte es, als Herr Rosegger das Antworttelegramm aus Trieben verlas: „Junigen Dank und treudeutschem Sängergesang. Rosegger.“ Nach Schluß des offiziellen Festabends fuhren wir mit der Schloßbergbahn zur Stadt zurück, wo viele noch lange mit den biederen Steiermärkern zusammenblieben.

Volkswirtschaft.

A.C. Deutschlands Anteil am Weltmarkt.

Wenn man den Ursachen nachgeht, die die nicht zu leugnende Spannung zwischen Deutschland und dem Ausland hervorgerufen,

so stößt man schließlich immer wieder in erster Linie auf die starke wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands, dessen Stellung auf dem Weltmarkt von Periode zu Periode fortgesetzt einflußreicher wird. Noch immer hebt zwar Großbritannien obenan, aber es läßt sich nicht verkennen, daß sein Einfluß zurückgeht und der Deutschlands steigt. Die Beteiligung der beiden Rivalen am Weltmarkt zeigt die Verschiebung dieses Einflusses sehr deutlich. Im Jahre 1890 entfiel von den Umsätzen im Weltmarkt, die in Einfuhr und Ausfuhr zusammen einen Wert von 73,56 Milliarden Mark anmachten, auf Großbritannien noch ein Anteil von 20,8 Prozent. An zweiter Stelle kam dann Frankreich mit 11,3, an dritter Deutschland mit 11,1 und an vierter mit 9,4 Prozent die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In den nächsten sechzehn Jahren war die Umföpfung auf dem Weltmarkt ganz gewaltig, so daß die Werte der Einfuhr und Ausfuhr zusammen sich bis auf 123,35 Milliarden Mark im Jahre 1906 erhöhten. Wohl steht auch noch im Jahre 1906 Großbritannien mit der Höhe seines Anteils am Weltmarkt an der Spitze. Aber von 20,8 ist er auf 17,4 Prozent zurückgegangen. Noch 1900 betrug er 19,1 Prozent. Von den folgenden Jahren bringt mit Ausnahme des Jahres 1906 jedes eine Abnahme. Es betrug nämlich in den einzelnen Jahren dieser Anteil in Prozent: 1901 19,1, 1902 18,5, 1903 17,9, 1904 17,8, 1905 17,4, 1906 17,4. Auch im Jahre 1907 ist der Anteil Deutschlands am Weltmarkt stärker gestiegen als der Großbritanniens, obwohl die endgültige Feststellung noch nicht möglich ist. Frankreich, das 1890 noch an zweiter Stelle kam, hat gleichfalls von seiner früheren Position am Weltmarkt viel verloren; sein Anteil ist von 11,3 auf 8,9 Prozent zurückgegangen. Geworden haben in der sechzehnjährigen Periode hauptsächlich Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika; auch die letzteren relativ weniger als Deutschland, da sie in erster Linie Ausfuhrland sind, während Deutschland durch seine Einfuhr gleichfalls immer regere Beziehungen mit dem Ausland unterhält. Der Anteil der Vereinigten Staaten am Weltmarkt ist nicht einmal gleichmäßig steigend, sondern schwankt erheblich; ihr Anteil betrug 1890 9,4 Prozent, stieg dann bis auf 10,4 Prozent im Jahre 1901, um dann wieder etwas zu sinken, bis auf 9,7 Prozent im Jahre 1906. Im Jahre 1906 betrug er gerade 10 Prozent. Deutschlands Fortschritte sind dagegen stetig. Nur einmal trat eine Schwankung ein. Im Jahre 1900 stellte sich der Anteil Deutschlands am Weltmarkt schon auf 12,1 Prozent gegen 11,1 im Jahre 1890. 1901 sank diese Prozentsiffer aber wieder auf 11,3 Prozent, um dann von Jahr zu Jahr langsam, aber unentwegt zu steigen. Der Anteil betrug nämlich in Prozent: 1902 11,3, 1903 11,4, 1904 11,6, 1905 11,9, 1906 12,1.

Zweifellos hat sich der Anteil auch 1907 weiter erhöht. Vermehrt man die Spannung zwischen dem Anteil Großbritanniens und Deutschlands in den beiden Jahre 1890 und 1906, so ergibt sich, daß im Jahre 1890 Großbritannien noch 9,7 im Jahre 1906 nur noch rund 5 Prozent vor Deutschland voraus hatte. In dieser Abnahme des Vortrags zeigt sich deutlich die Verschiebung des Einflusses, den beide Rivalen auf dem Weltmarkt ausüben. Auch an den absoluten Umsätzen des Außenhandels läßt sich diese Umwälzung erkennen. Für Deutschland ist die Steigerungsziffer sogar etwas höher als für die Vereinigten Staaten. Absolut hat von 1890 bis 1907 der Wert der Umsätze im Außenhandel Großbritanniens um 244,3, im Außenhandel Deutschlands um 381,6 Millionen Mark zugenommen. Das sind trübende Ziffern, die aber Leben gewinnen, sobald man sich das Verhalten des Welthandels, die Absatzgebiete zu vergegenwärtigen und zu berücksichtigen vermag; die Stellungnahme Deutschlands auf dem Weltmarkt wird immer größer und besser und damit die der anderen Länder in steigendem Maße. Aus der wirtschaftlichen Rivalität erheben sich aber weiterhin gar leicht und erklärlich politische Reibungen.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

A.C. Trotz der starken Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft erfährt der gewerbliche Arbeitsmarkt im Juli keine Erleichterung, vielmehr nahm das Ueberangebot im Vergleich sowohl zum Vormonat als auch zum Vorjahr wieder so zu, daß eine neue Verschlechterung festzustellen ist. Die Zahl der offenen Stellen ging an den nünftlichen Arbeitsnachweisen von 87.531 im Juli 1907 auf 72.139 im Juli dieses J. zurück. Dagegen stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 104.895 auf 113.704. Im vorigen Jahre waren also auf 100 offene Stellen erst 119,73 Arbeitsuchende gekommen, in diesem Juli sind es 157,64. Für die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist eine Erscheinung am Arbeitsmarktes für Weibliche besonders charakteristisch; bisher war das Angebot von weiblichen Arbeitskräften noch immer nicht ausreichend zur Befriedigung des Bedarfs; im Monat Juli ds. J. dagegen zeigt sich Angebot und Nachfrage fast aus. Auf 100 offene Stellen für weibliche kamen nämlich 98,33 Arbeitsuchende gegen 99,6 im Juni. Es kommen sogar Fälle vor, wo schon ein Ueberangebot an weiblichen Arbeitskräften beobachtet wurde. Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes hätte sich im Juli noch viel stärker verschlechtert, wenn nicht in der Landwirtschaft Hauptbeschäftigung gewesen wäre. Aus zahlreichen Orten wird berichtet, daß sehr viele Arbeitsuchende in landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung fanden. Von Viganz und Umgebung sind viel Erntearbeiter bezogen worden. In Kiel, Altona und Hamburg war die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern äußerst reg. Aus manchen Orten, wie z. B. aus Müllheim in Baden, Manabeim wird auch berichtet, daß die Nachfrage der Landwirte nach Befriedigt werden konnte. Abgesehen aber von der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitern durchweg schwach. Nur ganz vereinzelt zeigte sich Arbeitermangel, der aber kaum mehr als lokale Bedeutung hatte. In Frankfurt a. O. fehlten Bautischler, in Ludenvalde gelernte Dumacher, in Kiel Schuhmacher. Solche Ausnahmen vermindern aber im Hinblick auf die überaus ungünstige Lage in den hauptsächlichsten Gewerben. Durchaus ist eine abermalige Abnahme des Beschäftigungsgrades eingetreten. Im Textilgewerbe vor allem hat der Beschäftigungsgrad infolge der Durchführung gekommenen Betriebs einschränkungen in der Baumwollindustrie merklich nachgelassen. In Städten wie Barmen, München-Gladbach und Aachen ist der gesamte Arbeitsmarkt durch die Geschäftslage der Textilbetriebe nachteilig beeinflusst. In Barmen wurden zur Verminderung des Ueberangebots mehr als 100 Arbeiter von der Stabverwaltung zur Wappereinigung eingestellt. Nicht ungünstig blieb die Geschäftslage im Baugewerbe. Die geringe Bautätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ergibt sich bis zu einem gewissen Grad auch aus der hohen Anzahl von Passanten, die auf der Suche nach Arbeit sind. So hatte der Arbeitsnachweis in Essen während des Berichtsmontats nicht weniger als 727 Passanten, die meistens dem Baugewerbe angehörten. In den elbischen Orten ist die Bautätigkeit gleichfalls gering. In Altona und Delfen gab es dagegen an einzelnen Plätzen mehr zu tun. In Borsbeim z. B. war für Bauhandwerker viel Arbeitsgelegenheit vorhanden. Auch in Dormstadt haben die in größerem Umfange ausgeführten Straßenbauarbeiten sowie der Bahnhofs-

neubau die Arbeitsgelegenheit in erfreulichster Weise vermehrt. In der Metallindustrie, im Eisen- und Maschinenbau war die Arbeitsgelegenheit im Juli weiter nach. Aus Brandenburg a. Havel wird als schlechtes Zeichen bemerkt, daß die großen Fabriken fast keine Arbeitskräfte mehr einstellen. In Dresden ist für Eisendreher, Schlosser und Mechaniker wenig Beschäftigung vorhanden. Kassel meldet großen Ueberfluß an Schlossern. Eine Besserung wurde nur in Ludwigshafen und Cuxaburg beobachtet. In der Schmuckwarenindustrie Borsbeims trat gegenüber dem Vormonat keine günstige Wendung ein. Im Bergbau hat die Nördlichkeit nachgelassen, jedoch nur noch vereinzelte Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes kommt aber ganz besonders scharf in dem steigenden Ueberfluß von ungelerten Arbeitern zum Ausdruck. So meldet Frankfurt a. O. ein starkes Ueberangebot. In Berlin ist die Lage für ungelerte Arbeiter besonders arg, ebenso in Borsbeim. Hamburg leidet unter starkem Andrang ungelerteter, für die wegen der hohen Geschäftslage in der Schiffahrt keine Verdienstgelegenheit vorhanden ist. In Kassel, Bielefeld und Heilbronn nimmt das Ueberangebot von ungelerten beachtliche Dimensionen an.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Gütten-A.G. in Borsbeim.

Der Beschluß des abgelaufenen Geschäftsjahres läßt der A. G. „B.“ zufolge eine Weiterentwicklung des Unternehmens auf allen Abteilungen erkennen. Die Differenzierung der Arbeit war gut beschaffen, und der Betrieb gehalten sich dort so, daß selbst bei den augenblicklich abgeschwächten Marktbedingungen sämtliche Nebenbetriebe noch in Betrieb gehalten werden, ohne daß dort und in den übrigen Betriebsabteilungen nennenswerte Lagerbestände vorhanden sind. Während im ersten Halbjahr ein wesentlich größerer Gesamtüberschuß erzielt worden ist, litt das zweite Halbjahr unter den abgeschwächten Preisen, wodurch das Gesamtergebnis wieder beeinträchtigt worden ist; es stellt sich jedoch höher als das vorjährige. Die Verwaltung ist bemüht gewesen, die Bankschulden, die für das abgelaufene Geschäftsjahr bei dem hohen Zinssatz große Aufwendungen erforderlich, weiter zu vermindern und dadurch die finanzielle Lage des Unternehmens wesentlich zu verbessern. Der Reingewinn kommt dem des Vorjahres (2.904.583 Mark) nahezu gleich. Der Ende November stattfindenden Generalversammlung soll wieder die Verteilung von 10 Proz. Dividende vorgeschlagen werden.

Eine neue Transaktion in der Kali-Industrie.

Am 9. August ist in Hannover ein Vertrag zwischen dem Carlswerk Hohenfels und der Kaligewerkschaft Carlshall abgeschlossen worden, der die Interessengemeinschaft zwischen beiden Werken begründet und neben beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteilen auch die Zweckmäßigkeit für Hohenfels ist.

Die Fusionbestrebungen zwischen „Hohenfels“ und „Carlsh.“ sind nicht erst neueren Datums, sondern reichen bis zum Jahre 1905 zurück. Bereits im November 1906 wurden Gerüchte laut, wonach eine Interessengemeinschaft zwischen „Hohenfels“ u. „Carlsh.“ beschlossene sein sollte. Auf Grund dieser Gerüchte, konnte der Kurs der Aktien von „Carlsh.“ damals bis auf 750 ansteigen, während die letzte Notierung der abgelaufenen Woche sich auf ungefähr 400 stellte. Das Terrain der Gewerkschaft „Carlsh.“, welches annähernd 100.000.000 Liter, groß ist, markiert im Westen mit der Gewerkschaft „Hohenfels“. Eine im Norden des Landes in der Nähe des Westufers von Hohenfels und Friederichshaus angelegte Bohrung hatte Mitte März 1906 eine Tiefe von 774 Meter erreicht. Das mit dieser Bohrung angegriffene Salz war von Kaligehalt durchwegs, und zwar fand sich Salz von 310-312 Proz. (16,80 Proz.), von 374,40-381,50 Proz. (15,07 Proz.), von 667,30-694,75 Proz. (15,88 Proz.), von 744-746,20 Proz. (19,84 Proz.) und von 768-774 Proz. In der Tiefe von 788-799 Meter wurde ein weiteres Kalilager entdeckt, und die Bohrung wurde dann bei ungefähr 800 Meter in Stein Salz eingestellt. Die Bohrung II wurde südlich im Streichen ungefähr 800 Meter von Bohrung I entfernt in Angriff genommen und hatte Anfang Juli 1906 eine Tiefe von 650 Meter erlangt. Bei 541 Meter wurde das Kalilager angefahren. Beide Bohrungen haben abnorme Carnallitlager festgehalten. Die Gewerkschaften Carlshall vom 11. Juni 1907 ermächtigte den Grubenvorstand, mit dem Abteufen des Schachtes zu beginnen. „Carlsh.“ ist eine Gründung von Leo Gena u. Düsseldorf, der auch den Vorsitz im Grubenvorstand hat. Vorsitzender des Grubenverbandes von Hohenfels ist Dr. jur. Paul Sauer. Berlin. Die Transaktion ist geeignet, beiden beteiligten Werken wirtschaftliche Vorteile zu sichern, ganz abgesehen davon, daß damit die Zweckmäßigkeit für Hohenfels eine befriedigende Lösung findet. Nach unseren Informationen hat man auch am Augenort diese neueste Transaktion in der Kaliindustrie günstig aufgenommen.

Von dem Obersteleichen Rohisenhandlats wurde auf der am 8. d. M. abgehaltenen Generalversammlung die Erneuerung des Verbandes für 1908 und grundsätzlich der Beitritt zu einem etwa zu bildenden allgemeinen deutschen Rohisenhandlats beschlossen.

Die Ebnacher Bleiweißfabrik Akt.-Ges. in Oberlin schlägt eine Dividende von 7 1/2 Proz. gegen 13 Prozent im Vorjahr vor.

Von der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Das Betriebsergebnis der Lübeck-Büchener Eisenbahn pro Monat Juli betrug 887.514 M. (+ 15.155); seit dem 1. Januar 4.630.717 M. (+ 125.221 M.).

Bei der Hochzeitsfeier Bremerhoben betrug der Gesamterlös inf. M. 87.888 Abrechnungen M. 110.000. Im vorigen Jahre wurden 9 Prozent Dividende verteilt. Das ungünstige Ergebnis ist eine Folge der sehr wenig befriedigenden Hochzeitsfeier. Dieser waren die Forderungen während des ganzen Jahres sehr niedrig. Auch die Inlandbesitzer bei ungünstigen Verhältnissen, zumal der Betrieb der Verwaltung auf ein besseres Ergebnis, zumal der Verbrauch von Seefischen im Inlande sehr zunahm und der Betrieb der Gesellschaft sich durch die neuerdings getroffenen Einrichtungen so ekonomisch wie möglich gehalten wurde.

Die Einnahmen der Canadian Pacific-Wendbahn betragen in der Zeit vom 1. bis 7. August Dollars 1.470.000 oder Dollars 95.000 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Vom spanischen Münzgesch. Aus Madrid wird gemeldet: Heute wurde an den Staatskassen und an der Bank von Spanien mit dem Umtausch der Duros sevillanos, der nicht an der spanischen Münze geprägten 5 Pefetas-Stücke begonnen. In Madrid allein wurden 12.000 dieser Stücke als falsch erkannt.

Goldausbeute transvalischer Minen. Nach einer der Firma Parth u. Co., G. m. b. H. in Berlin zugegangenen Depesche betrug die Goldausbeute der in der Transvaal-Grube of Kings vereinigen Minen im Juli d. J. 561.988 Unzen im Werte von 2.887.175 gegen 550.240 Unzen im Werte von 2.337.789 im Juni d. J.; die der Aufendstrifte 22.467 Unzen im Werte von 113.433 gegen 21.733 Unzen im Werte von 103.060 im Juni d. J. Die Zahl der den Minen zugeleiteten eingelegenen Arbeiter betrug 11.725, dagegen schiedem aus 9257, jedoch per Saldo 132.839 Arbeiter beschäftigt waren.

(Telegraphische Sonderberichte siehe 6. Seite.)





